

■ NAHRUNGSMITTEL

Reismangel bedroht Asien

Mit Notmaßnahmen wollen die Regierungen der Philippinen und Malaysias die Folgen der Reisknappheit für die Ärmsten der Armen mindern. Die malaysische Regierung kündigte Subventionen für die heimische Reisproduktion an, die derzeit rund zwei Drittel der Bevölkerung versorgt. In Manila sollen Reiskarten ausgegeben werden, mit denen Grundnahrungsmittel zur Hälfte des Marktpreises gekauft werden können. In Vietnam drohen harte Strafen für jeden, der aus der Krise Profit schlagen will.

Die Behörden erklärten, in den vergangenen Tagen hätten mehrere Unternehmen massenhaft Reis aufgekauft, um ihn später mit Profit weiterzuveräußern. Außerdem hielten Großhändler Vorräte zurück, sagte eine Sprecherin. Die Reisvorräte in Vietnam seien für den heimischen Verbrauch ausreichend, betonte Ministerpräsident Nguyen Tan Dung den

staatlichen Medien zufolge. Die Tageszeitung Phapluat titelte mit der Schlagzeile „Keine Panik“.

In Malaysia kündigte Ver-

subventioniert werden. Der Preis für Reis aus Thailand hat sich binnen fünf Monaten fast verdreifacht. Die Regierung geht daher davon aus, dass die

Während Thailand erklärt hat, die Ausfuhrmenge werde nicht begrenzt, haben Kambodscha und Vietnam solche Obergrenzen eingeführt, um zunächst

Reisanbau mit einem Investitionsprogramm über 750 Millionen Euro ankurbeln. Zudem soll gegen das Horten vorgegangen werden, was Manila als weitere Ursache für den Preisanstieg betrachtet. Der Reispreis birgt enormen sozialen Sprengstoff in dem Land, in dem 40 Prozent der Bevölkerung täglich weniger als zwei Dollar (1,28 Euro) zur Verfügung haben. Der Anteil derer, die höchstens einen Dollar haben, liegt bei elf Prozent – das sind elf Millionen Menschen.

Hart getroffen von der Entwicklung werden auch die israelischen Verbraucher. Die Preise für Reis stiegen in der vergangenen Woche um 60 Prozent, für Mehl um 25 Prozent und für Nudeln um 12 Prozent. Eine Supermarktkette begrenzte den Einkauf auf zwei Beutel Reis pro Kunden. Nach Angaben der Behörden ist Reis noch nicht knapp.

Chris Brummit



Ein Reislager in Asien: Noch gibt es Vorräte des Grundnahrungsmittels. Wie lange diese halten werden, darüber sind sich selbst Experten nicht einig. Foto: dpa

braucherminister Shahrir Samad an, anders als die heimische Produktion sollten die aus Thailand zugekauften Reis-Exporte nicht

Verbraucher nun verstärkt heimischen Reis kaufen, dessen bislang stabiler Preis ebenfalls steigen dürfte.

die eigene Bevölkerung zu versorgen.

Die philippinische Regierung will den heimischen

■ ANGEBOT

Kampusch will helfen

Die als Kind entführte Natascha Kampusch hat den Missbrauchsoffern von Amstetten ihre Hilfe angeboten. „Meine spontane Eingebung war, dass ich der Familie helfe, indem ich ihr finanziell helfe“, sagte Kampusch im Österreichischen Rundfunk (ORF). „Vielleicht möchten sich weitere Personen meinem Beispiel anschließen und den Opfern Geld spenden“, fügte sie hinzu.

Im niederösterreichischen Amstetten hatte vor kurzem ein 73-Jähriger gestanden, seine 42-jährige Tochter 24 Jahre lang im Keller seines Hauses gefangen gehalten zu haben. Er gab der Polizei gegenüber auch zu, mit ihr insgesamt sieben Kinder gezeugt zu haben. Zwei Söhne im Alter von 18 und fünf Jahren und eine 19-jährige Tochter waren seit ihrer Geburt mit der 42-Jährigen eingekerkert gewesen.

Die heute 20-jährige Kampusch war acht Jahre in einem Keller eingesperrt, bevor ihr im August 2006 die Flucht vor ihrem Entführer Wolfgang Priklopil gelang. Er hatte das Mädchen im Alter von acht Jahren auf dem Schulweg verschleppt.

Sie könne sich vorstellen, eine Ansprechpartnerin für die Familie zu sein, sagte Kampusch. „Sie werden Schulbildung und medizinische Versorgung brauchen“, sagte sie. „Man muss daran denken, sie sind dort aufgewachsen – die haben soziale Kontaktschwierigkeiten.“ Kampusch

sagte, sie habe schon länger das Bedürfnis, sich für Vermisste und für Missbrauchsoffer einzusetzen. Sie fühle mit der Tochter und auch der Gattin des Verdächtigen. „Ich kann mir vorstellen, dass es sehr schwierig für (...) sie ist, sich in der Situation zurechtzufinden“, sagte sie.



Natascha Kampusch
Foto: ap

■ HANDEL

Deutsche kaufen fair

Die Deutschen kaufen immer mehr fair gehandelte Produkte. Im vergangenen Jahr gaben Verbraucher hierzulande 142 Millionen Euro und damit fast 30 Prozent mehr für Fairtrade-Waren aus als 2006, wie die Organisation Transfair in Köln mitteilte. Gewachsen ist der gerechte Handel demnach auf vielen Gebieten: So werde etwa immer mehr fair gehandelter Kaffee auch außer Haus gebraut und ausgeschenkt, und große Supermarktketten nähmen immer mehr gerecht gehandelte Ware ins Sortiment. Das Fairtrade-Gütesiegel soll garantieren, dass die Erzeuger der Produkte unter fairen Bedingungen arbeiten und gerechte Preise für ihre Produkte erhalten.

Der Absatz fair gehandelter Waren in Deutschland ist Transfair zufolge um 33 Prozent auf 24 000 Tonnen gestiegen. Dies sei umso bedeutender, als „wir es hierzulande weiterhin mit dem preisaggressivsten Lebensmittelmarkt der Welt zu tun haben“, hob Transfair hervor. Für immer mehr Menschen seien aber „nicht nur der Preis und die Produktqualität, sondern zunehmend auch die Herstellungs- und Verarbeitungsbedingungen

kaufentscheidend“. Weltweit erzielten Produkte aus gerechtem Handel einen Umsatz von 2,4 Milliarden Euro, das sind 48 Prozent mehr als 2006. Am höchsten ist der Umsatz demnach in Großbritannien und den USA.

Das bekannteste Fairtrade-Produkt bleibt Transfair zufolge der Kaffee mit einem Absatzplus von zehn Prozent. Profitiert habe das beliebte Getränk vor allem davon, dass auch immer mehr Cafés und andere Gastronomie-Einrichtungen gerecht gehandelten Kaffee anböten, sagte Transfair-Sprecherin Claudia Brück. Den größten Absatz aber erzielten gerecht gehandelte Bananen, von denen die Deutschen im vergangenen Jahr 13 600 Tonnen kauften. Das ist ein Zuwachs von 39 Prozent. Stark gewachsen ist außerdem der Absatz von Saft, Rosen, Tee, Wein und Schokolade. Neue Produkte im Fairtrade-Sortiment sind Zucker, Eiscreme, Kekse und Baumwoll-Textilien.

Zum steigenden Absatz trugen laut Transfair nicht nur Bioläden, sondern auch große Supermarktketten bei, die immer mehr gerecht gehandelte Waren anbieten.

afp

■ AM RANDE

Betreutes Wohnen heißt nicht Pflege

Einrichtungen des Betreuten Wohnens decken nicht immer eine Pflege ab. Wer sich im Alter für diese Wohnform interessiert, sollte daher die Serviceangebote gründlich prüfen. Schließen diese keine Pflege ein, steht im Pflegefall ein erneuter Umzug an, warnt die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Wichtig sei überdies, sich vor der Entscheidung für eine Einrichtung Gedanken über die eigenen Ansprüche zu machen. Wie viel Hilfe ist bei der Haushaltsführung überhaupt notwendig? Können die Arbeiten durch Freunde und Verwandte abgedeckt werden? Reicht es möglicherweise, die eigene Wohnung altengerecht umzugestalten? Eine Übersicht aller Einrichtungen des Betreuten Wohnens gibt es der Verbraucherzentrale zufolge nicht. Die örtlichen Wohn- oder Sozialämter und die Wohn- und Pflegeberatungsstellen können allerdings weiterhelfen. Kommt eine Einrichtung in die engere Wahl, sollten schriftliche Informationen über die Anlage angefordert und die Miet- und Betreuungsverträge, Preise und die Hausordnung geprüft werden.

dpa

Sozialdumping bei Kirchen

Auch bei Einrichtungen der Kirchen müssen einem Medienbericht zufolge Mitarbeiter zusätzlich zu ihrem Einkommen Hartz-IV-Leistungen in Anspruch nehmen. Bei diakonischen Einrichtungen können nach Recherchen von Report Mainz viele Beschäftigte nicht mehr von ihrem Einkommen leben, wie das ARD-Politikmagazin berichtete. Dies ergebe sich unter anderem daraus, dass Verträge auf 75 Prozent begrenzt werden. Der Präsident des Diakonie-Bundesverbandes, Klaus-Dieter Kottnik, sagte auf die Frage, ob es christlich und gerecht sei, Menschen so zu beschäftigen, dass sie von ihrem Gehalt nicht mehr leben könnten: „Die Alternative wäre, und das ist der Gewissenskonflikt, zu sagen, wir machen die Arbeit gar nicht mehr, wir geben sie auf.“ Der Mitarbeitervertreter in der bundesweiten arbeitsrechtlichen Kommission der Diakonie, Wolfgang Lindenmaier, warf den Kirchen dagegen vor, die Lohnspirale bewusst nach unten zu treiben. „Die beiden Kirchen nutzten ihren Einfluss und ihre Marktführerschaft im sozialen Bereich nicht, um endlich vernünftige Entgelte für die Arbeit zu bekommen“, sagte Lindenmaier dem Magazin. Sie nutzten ihre Macht ausschließlich, „um Dumpinglöhne durchzusetzen“. Alle Welt rege sich über Lidl und Aldi auf, aber „Kirche ist schlimmer“, kritisierte er.

afp